Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 34341
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girostelle Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsel, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Stadt, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Fr. stal. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir eine Verantwortl. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
67. Jahrgang

191 Dienstag, den 18. August 1925

Die Regelung der interalliierten Schulden

Die Notwendigkeit einer Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit

Das Problem der interalliierten Schulden, das in der Entwicklung der europäischen Politik nach wie vor eine sehr große Rolle spielen wird, ist durch gewisse Vereinbarungen zwischen Chamberlain und Briand in ein neues Stadium eingetreten, das auch

gewisse Rückwirkungen auf die Reparationsfrage

haben kann. In Deutschland hat man daher Veranlassung, die Erörterungen über die Schuldenfrage mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wie erinnerlich, ist

noch keine endgültige Reparationssumme für Deutschland vorgesehen,

da sowohl das Dawesgutachten als auch die finanziellen Abmachungen der Londoner Konferenz mit Rücksicht auf das noch ungelöste alliierte Schuldenproblem von einer Festsetzung der gesamten Reparationsschuld Abstand genommen und diese Frage für einen späteren Zeitpunkt offen gelassen haben. Von einer Einigung zwischen England und Frankreich hängt jedenfalls sehr viel ab, denn

schließlich muß Deutschland in absehbarer Zeit volle Klarheit darüber gewinnen, in welcher Höhe es Reparationen zu leisten hat,

und wie lange der Zustand der Reparationsverschuldung gegenüber den Alliierten andauern soll. Deutschland hat die Verpflichtungen des Dawesgutachtens auf sich genommen, weil es hofft, daß man auf diesem Wege zu einer Lösung des Reparationsproblems kommen kann, das für die künftige politische Entwicklung ständig neue Gefahren oder Konfliktsstoffe mit sich bringen kann, wenn es von seiten der Gläubiger Deutschlands etwa dauernd als Machtinstrument benutzt werden soll.

Nach den Mitteilungen der französischen und englischen Presse soll

die französische Schuld an England auf 15 Millionen Pfund, das sind 300 Millionen Goldmark,

ermäßigt worden sein. Die französische Verschuldung würde demnach erheblich abgenommen haben, so daß es schließlich auch möglich sein muß, die Gesamtverpflichtung Deutschlands nach der Einschätzung der Zahlungsfähigkeit des Reiches endgültig zu regeln.

Der wirtschaftliche Aufschwung, den die amerikanischen Sachverständigen für Deutschland vorausgesagt haben, ist vollständig ausgeblieben.

Die amerikanischen Bankiers, die übereinstimmend ausgerechnet hatten, daß die deutsche Industrie in den nächsten Jahren mit Milliarden-Ueberschüssen zu rechnen hätte, wie sie wohl für die Reparationsleistungen in Betracht kommen könnten, sind von einem vollständig falschen und einseitigen Standpunkt ausgegangen und werden durch die tatsächlichen Verhältnisse in einer geradezu katastrophalen Weise desavouiert.

Dieses Unglück muß für Deutschland um so schlimmere Folgen haben, als die tatsächliche Unmöglichkeit besteht, jetzt wieder eine Revision der Londoner Zahlungsbedingungen fordern zu wollen.

Die übernommenen Verpflichtungen müssen erfüllt werden, selbst wenn dadurch der Prozeß der Verarmung Deutschlands riesenhafte Fortschritte macht. Sollte jedoch eine Regelung der interalliierten Schulden wirklich zustande kommen, so wird unter Umständen ein Anhaltspunkt dafür gegeben sein, auch die Reparationsfrage wieder in den Vordergrund zu stellen und

neue Mittel und Wege für eine erträglichere Gestaltung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen zu fordern.

Immerhin können Jahre vergehen, ehe dieser Zeitpunkt erreicht sein wird.

Deutscherseits muß man aber schon jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um vor aller Welt darauf hinzuweisen, welch ernste Gefahren für die Zukunft Deutschlands sich ergeben, wenn der jetzt drohende Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nicht aufgehalten wird. Gerade

weil wir mit Frankreich neue wirtschaftliche Vereinbarungen treffen wollen, und weil der deutsche Außenhandel durch die unaeklärten Fragen der Wirtschaftsverträge noch völlig in der Luft schwebt, ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die deutsche Leistungsfähigkeit an die Rentabilität der deutschen Wirtschaft gebunden ist.

Die Verfasser des Dawesgutachtens haben diesen Grundsatz zuerst aufgestellt, indem sie betonten, daß die von der deutschen Regierung zu leistenden Zahlungen aus den Erträgnissen der Wirtschaft entnommen werden sollen. Geht der Prozeß der Kapitalnot und der Verarmung der deutschen Industrie in dem bisherigen Tempo weiter, so wird man voraussehen müssen, daß die deutsche Regierung in wenigen Jahren genötigt sein kann, eine nochmalige Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu fordern.

Nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Dawesgutachtens ist Deutschland hierzu berechtigt,

aber es wird von diesem Recht selbstverständlich nur dann Gebrauch machen, wenn kein anderer Ausweg mehr übrig bleiben sollte. Aus all diesen Gründen ist es ein Erfordernis der deutschen Außenpolitik, sich mit allen die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme berührenden Fragen eingehend zu beschäftigen, um für spätere Eventualitäten gerüstet zu sein.

Der Entführungsschwindel von Saarbrücken

Französische Rache!

Vor einiger Zeit meldeten wir, daß die Saarpolizei einer „Verschwörung" auf die Spur gekommen sei, die sich angeblich gegen den Separatisten und Herausgeber des in französischem Solde stehenden „Neuen Saarkourier", Dr. Schöttler, richten wollte. Wie mitgeteilt wurde, sollen Angehörige nationaler Verbände geplant haben, Dr. Schöttler im Auto zu entführen, um ihn vor ein Femegericht in München zu stellen. Ueber den Ursprung dieser mysteriösen Entführungsgeschichte werden nunmehr folgende interessante Einzelheiten aus Saarbrücken mitgeteilt:

Es ist bewiesen, daß der ganze Entführungsversuch eine abgekartete Mache zwischen dem Angeber Steigner und dem „Ueberfallenen" Dr. Schöttler ist, die vor 14 Tagen den Plan in der Schöttlerschen Villa am Neugrabenweg besprochen und festgelegt haben!

Der als Landesverräter übelbeleumundete ehem. Wachtmeister Steigner ist nämlich nachgewiesenermaßen der Fabrikant der aufgefundenen Bomben, der Dieb des Sprengmaterials und der Verbringer des Waffenarsenals in die Wohnung der „Verschworenen". Ein arbeitsscheues Subjekt aus Ottweiler, Zimmer, der auf der französischen Bergwerksdirektion Angeberdienste geleistet hat, ist der Vermittler zwischen Steigner und dem sogenannten Haupttäter Ebel, den man nach München geschickt (!) hat, um dort für eine „nationale Sache" Leute zu werben.

Der Geldgeber Köchlin als Vertreter des französischen Auswärtigen Amts, der als „Service des Etudes Economiques" mit seinem Stab bei der französischen Bergwerksdirektion geführt wird, ist nämlich der eigentliche Finanzier des ausgeheckten Attentatsplänchens der Schöttler, Steigner und Konsorten!

In ihrer Finanzlage mochte es nun den arbeitslosen Landesverrätern günstig erscheinen, durch Inszenierung eines „Attentats" der Regierungsabteilung des Innern das gewünschte Material gegen neuen Zuschuß zu liefern, um für die nächste Völkerbundstagung im September die „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" durch deutsche Nationalisten beweisen zu können.

Man will nämlich damit die Notwendigkeit der völkerrechtswidrigen Beibehaltung des französischen Militärs sowie der Ersatznotverordnung im Saargebiet begründen und die von den deutschen Parteien des Saargebiets und der Reichsregierung eingelegten Proteste unwirksam machen.

Hier laufen die politischen Fäden des nebensächlichen Anschlagsplanes hin, die für das Deutschtum des Saargebietes viel wichtiger sind als das zusammengelogene Zeug von nationalistischen Femekomplotten.

Die englisch-französischen Schuldenverhandlungen

Caillaux wird sich demnächst nach London begeben, um mit Churchill die Frage der französischen Schulden an England zu besprechen. Der genaue Zeitpunkt des Besuches steht noch nicht fest. Jedoch rechnet man damit, daß er Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden werde. Der amtliche britische Funkdienst bemerkt hierzu: Die Grundsätze, nach denen England in der interalliierten Schuldenfrage zu handeln gedenkt, sind in der sogenannten Balfour-Note enthalten. England kann die Schulden der Alliierten nur soweit erlassen, als seine eigenen Zahlungen an Amerika noch gedeckt sind. Der Jahresbetrag der Zahlungen an Amerika beträgt einschl. der Zinsen 40 Millionen Lstr. Die französischen Schulden an England werden auf insgesamt 623 Millionen Lstr. geschätzt.

Die Regelung der belgischen Kriegsschulden an Amerika

Einer Meldung aus Plymouth (Vermont) zufolge soll Präsident Coolidge sich dahin geäußert haben, daß ein Abkommen über die Bedingungen für die Rückzahlung der belgischen Schulden an Amerika, worüber der Präsident mit dem Schatzsekretär Mellon eine zweistündige Konferenz hatte, wahrscheinlich morgen getroffen werden wird.

Deutsch-französische Unterhandlungen?

(Eigener Informationsdienst.)

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird nach der Ueberreichung der französischen Note über die Sicherheitsfrage zunächst ein deutsch-französischer Meinungsaustausch stattfinden, der voraussichtlich mehrere Wochen andauern dürfte. Die Reichsregierung hat sich dazu entschlossen, diesen Weg zu wählen, da Frankreich am meisten von allen Westmächten an dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes interessiert ist. Schon gelegentlich der Ueberreichung der französischen Antwort soll eine längere Besprechung zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem französischen Botschafter de Margerie stattfinden.

Verkauf der Aga an Amerika?

Wie der „Börsencourier" wissen will, sollen zurzeit zwischen der Aga und amerikanischen Interessenten Verhandlungen über einen Verkauf der gesamten Aktien der Aga und somit des hiesigen Werkes schweben.

Der polnisch-tschechische Kampf gegen den deutschen Bodenbesitz

Der Besitz des Bodens ist mit das wichtigste Moment im nationalen und wirtschaftlichen Leben der Völker. Die Wahrheit dieses Satzes zeigt sich, wenn wir den schweren Selbstbehauptungskampf betrachten, den das Deutschtum insbesonder in Polen und in der Tschechoslovakei zu führen hat. Einem Volke, das des nationalen Bodens beraubt wird, wird die Grundlage seines Daseins entzogen, es wird entwurzelt. Der Kampf um den Boden ist daher der wichtigste Faktor in dem heißen Nationalitätenringen, das sich z. Zt. im Osten abspielt. In Polen wie in der Tschechei beobachten wir das gleiche Verfahren. Beide Länder suchen planmäßig durch sogenannte Agrarreformgesetze die Deutschen von ihrem Grund und Boden zu bringen, den so erworbenen Boden zu nationalisieren und die Deutschen damit heimat- und wurzellos zu machen.

Das polnische Agrargesetz ist am 21. Juli nach heftigen Kämpfen vom polnischen Reichstag (Sejm) angenommen worden, und wird in Kürze Gesetz werden. Der Kampfcharakter dieses Gesetzes ergab sich aus der Debatte, er ist auch sonst nach dem Inhalt ganz offensichtlich. Das Gesetz richtet sich zweifellos gegen die nationalen Minderheiten. Selbst die slawischen Minderheiten mußten diese Tendenz des Gesetzes erfahren. Denn ein von ihnen gestellter Antrag, daß bei der Landverteilung in den Ostgebieten die ortsansässige Bevölkerung in erster Linie berücksichtigt werden solle, wurde von den national polnischen Regierungsparteien glatt abgelehnt. Vorzugsweise aber will das Gesetz die deutsche Minderheit treffen. Der deutsche Großgrundbesitz, der trotz aller Gewaltmaßnahmen immer noch 90% aller Güter in Händen hat, soll enteignet und zerschlagen, und damit eins der stärksten Bollwerke des Deutschtums vernichtet werden.

Der Enteignung verfallen zuerst alle Güter deutscher Landwirte, die sich verpflichtet hatten, das Gut nicht an polnische Käufer weiterzugeben. Von dieser Bestimmung wurden vier Fünftel des deutschen Besitzes und neun Zehntel aller Ländereien Polens betroffen. Für eine restlose Aufteilung sind vorgesehen die deutschen Rentengüter. Besonders verhängnisvoll ist die Bestimmung des Agrargesetzes, daß von den Teilungsmächten unter besonderen Bedingungen erworbene Grundstücke ohne Schonung irgendeines Restbesitzes bis aufs letzte aufgeteilt werden sollen.

Bei dem besonderen Charakter der polnischen Politik ist naturgemäß der deutsche Grundbesitz in den westlichen Grenzgebieten Polens besonders gefährdet. Die Folgen werden sich auch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung bald zeigen. Der deutsche Grundbesitz, nicht nur der große, hatte das Land zur Blüte gebracht und dem Boden zu einer unerreichten Kultur verholfen. Ob diese Blüte nach der Zerschlagung aufrechterhalten werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Die Gefahr einer Produktionsminderung liegt jedenfalls sehr nahe. —

Aelter als die polnische Agrarreform ist die tschechische. Sie trägt den revolutionären und Nationalisierungs-Charakter direkt an der Stirn. Unter dem irreführenden Namen „Bodenreform" führt sie geradezu bolschewistische Grundsätze in die Agrarverhältnisse Böhmens und Mährens ein. Gemäß dem Bodenreformgesetz vom 16. 4. 1919, bei dessen Abfassung die Deutschen nicht vertreten und nicht beteiligt waren, wurde jeglicher Großgrundbesitz in der Tschechei, d. h. alle Komplexe über 150 ha landwirtschaftlichen Bodens oder 250 ha Bodens überhaupt beschlagnahmt. Auch bei dieser Bodenreform zogen die Deutschen den kürzeren. Denn die praktische Handhabung war absolut deutschfeindlich. Deutsche Interessenten wurden über die Bestimmungen der Zuteilung dauernd

SLUB
Wir führen Wissen.